

Bundesregierung sucht sechs neue ORF-Stiftungsräte bis 5. Mai!

Die Bundesregierung sucht bis 5. Mai sechs Mitglieder für den ORF-Stiftungsrat. Bewerbungen sind jetzt möglich.

Österreich - Die österreichische Bundesregierung sucht bis zum 5. Mai 2025 nach sechs neuen Mitgliedern für den ORF-Stiftungsrat. Interessierte Bewerber können sich bis 18 Uhr per E-Mail beim Medienministerium melden. Laut **oe24** umfasst die Novelle des ORF-Gesetzes einige wesentliche Änderungen im Auswahlverfahren und den Anforderungen an die Kandidaten. So müssen Bewerber nun nachweisen, dass sie über Fachkenntnisse in Medienwirtschaft, Betriebswirtschaft, Kommunikation, Medienrecht oder Controlling verfügen.

Ein zentrales Anliegen der Neuregelung ist die Berücksichtigung eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses unter den neu gewählten Stiftungsräten. Zudem ist es erforderlich, dass die Bewerber keine Unvereinbarkeiten vorweisen können, etwa durch bestehende Anstellungen beim ORF.

Reform des ORF-Stiftungsrats

Die Reform des ORF-Gremienverfahrens hat jüngst den Ministerrat passiert und wird voraussichtlich im Nationalrat beschlossen. Da die Anzahl der von der Bundesregierung entsandten Mitglieder des Stiftungsrats von bisher neun auf sechs gesenkt wird, soll eine höhere Unabhängigkeit der Gremien erreicht werden, wie **orf.at** berichtet.

Gleichzeitig wird der ORF-Publikumsrat auf neun Mitglieder

vergrößert, welche zur Hälfte von der Bundesregierung und zur anderen Hälfte durch ein Dreivorschlagsystem von repräsentativen Organisationen bestimmt werden. Diese Neuregelung folgt einem wichtigen Urteil des Verfassungsgerichtshofs, der der Regierung ein übermäßiges Gewicht bei der Bestellung der ORF-Gremien bescheinigte.

Finanzierung und Ausblick

Ein weiterer Punkt der Gesetzesnovelle betrifft die Einfrierung des ORF-Beitrags auf 15,30 Euro pro Haushalt und Monat bis zum Jahr 2029. Medienminister Andreas Babler (SPÖ) betont, dass der ORF dadurch unabhängiger werden soll und das Publikum mehr Einfluss gewinnen wird. Insgesamt ist eine umfassende Reform des ORF in Planung, um dessen Strukturen schlanker, digitaler und transparenter zu gestalten, wie aus **orf.at** hervorgeht.

Die geplante Gremienreform wird von verschiedenen politischen Parteien unterschiedlich bewertet. Während die Staatssekretärin Michaela Schmidt (SPÖ) die Reform als ersten Schritt in Richtung mehr Unabhängigkeit des ORF beschreibt, kritisiert die FPÖ sie als „Freifahrtschein“ für eine Fortsetzung des Status quo. Sigrid Maurer, Mediensprecherin der Grünen, bezeichnet die Maßnahmen sogar als „Minimalkompromiss ohne echte Reformen“.

Um die zukünftige Effizienz und Nachhaltigkeit zu gewährleisten, sind zudem Vorhaben wie die Senkung des Inseratenvolumens der Regierung um zehn Prozent sowie neue Förderungen für die Zeitungszustellung und den Qualitätsjournalismus geplant. ORF-Chef Roland Weißmann hat bereits einen Sparbedarf von etwa 220 Millionen Euro identifiziert, um die Herausforderungen der kommenden Jahre zu meistern.

Ort	Österreich
Quellen	• www.oe24.at • orf.at • orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at